



Dr. Babak Khalatbari ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Afghanistan und Pakistan.



Janna Kazim ist Projektassistentin im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Pakistan.

## AFGHANISTAN UND PAKISTAN – PARADIGMENWECHSEL IM KAMPF GEGEN DEN TERRORISMUS?

*Babak Khalatbari / Janna Kazim*

Zweifellos war der September 2001 für die Region Afghanistan und Pakistan ein Monat mit schwerwiegenden Folgen. Drei Punkte seien genannt:

Unter dem Eindruck der verheerenden Terroranschläge fasste der Nato-Rat unter Bezug auf Artikel 5 des Nato-Vertrags vom 4. April 1949 die so genannten Beistandsbeschlüsse – ein in der bisherigen Geschichte der Allianz einmaliger Vorgang. Mit der Resolution 1386 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen wurde kurz darauf der Weg für die Aufstellung einer International Security Assistance Force (ISAF) geebnet.

Am 9. September 2001, zwei Tage vor den Anschlägen von New York und Washington, wurde der Führer und Hoffnungsträger der Nordallianz, Ahmed Schah Mahsud, durch zwei arabische Selbstmordattentäter im Auftrag der al-Qaida getötet – das erste Selbstmordattentat in der afghanischen Geschichte überhaupt. Der „strategische“ Mord bedeutete nicht nur den Tod eines umstrittenen afghanischen Nationalhelden und letzten verbliebenen Antagonisten der Taliban, sondern auch den Verlust eines möglichen Allianzpartners der internationalen Staatengemeinschaft gegen die Talibanbewegung. Noch 1989 hatte das *Wall Street Journal* Schah Mahsud auf seiner Titelseite als „The Afghan who won the cold war“ dargestellt.

Und da war noch das Versprechen des seinerzeitigen pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf gegenüber den USA, diese in ihrem Kampf gegen den Terrorismus bedingungslos zu unterstützen und jegliche Förderung

der Taliban durch sein Land sofort einzustellen. In seinen Memoiren beschreibt Musharraf jenes Telefongespräch mit dem damaligen US-Außenminister Colin Powell, in dem dieser ihn unverhohlen vor die Wahl gestellt haben soll: „You are either with us or against us.“ Und Musharraf erwähnt Richard Armitage, den Stellvertreter Powells, der am folgenden Tag dem zufällig in Washington anwesenden Generaldirektor des pakistanischen Geheimdienstes Inter Services Intelligence (ISI) gedroht haben soll, Pakistan in die Steinzeit zurückzubomben, sollte sein Land die Terroristen weiterhin unterstützen.<sup>1</sup>

**In Afghanistan und Pakistan geben sich Phänomene zu erkennen, die kurz- bis mittelfristig zu einem Paradigmenwechsel in der Terrorismusbekämpfung führen könnten.**

Anlass für diese Wortakrobatik war der Umstand, dass Pakistan neben den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Königreich Saudi-Arabien als einziger direkter Nachbarstaat diplomatische Beziehungen zum so genannten Islamischen Emirat Afghanistan, dem von den Taliban unter Mullah Mohammad Omar errichteten Staatsgebilde, unterhielt.

Zwar liegen diese Ereignisse rund neun Jahre zurück, jedoch verfügen sie noch über eine gewisse Paradigmenbedeutung, da die ISAF zum einen nach wie vor in Afghanistan präsent ist, da aber zum anderen auch ein damals noch recht unbekannter Afghane namens Hamid Karzai die Macht übernahm, der wie vor als Präsident amtiert. Zudem präsentiert sich das pakistanische Militär noch immer und trotz aller innenpolitischen Probleme als Partner der USA im Krieg gegen den Terrorismus. Und dennoch – in beiden Ländern geben sich Phänomene zu erkennen, die kurz- bis mittelfristig zu einem Paradigmenwechsel in der Terrorismusbekämpfung führen könnten. Die Kernfrage richtet sich dabei genuin auf den politischen Umgang mit regierungsfeindlichen Kräften der afghanischen und pakistanischen Taliban, die Jihadi-Gruppen und al-Qaida. Neben der Frage, ob gewisse moderate Kräfte eingebunden werden sollen, stellt sich unvermindert eine zweite, nämlich die, wie im Rahmen des innerafghanischen Versöhnungsansatzes mit Personen wie Abdulrashid Dostum, Gulbuddin Hekmatyar, Mohammad Qasim Fahim, Ismail Khan, Abdurrah Rasoul Sayyaf und vielen anderen verfahren werden soll. Unter ihnen befinden sich diverse

1 | Vgl. Pervez Musharraf, *In the line of fire – A memoir* (New York: Free Press, 2006), S. 201.

*War Lords* und *Drug Lords* sowie nicht wenige *Crime Lords*, die während der Bürgerkriegswirren der frühen neunziger Jahre zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen haben sollen. Einigen von ihnen wird nachgesagt, noch immer Kontakt zu terroristischen Gruppierungen zu unterhalten.

Bei dieser soziopolitischen Gemengelage bietet es sich an, etwas weiter zurückzublicken, um so nicht zuletzt die jüngst zurückliegenden Monate besser verstehen zu können. Mit Blick auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen beider Staaten, scheint zudem eine länderspezifische Analyse sinnvoll.

## **AFGHANISTAN**

Die Sicherheitslage hat sich in Afghanistan trotz massiver Präsenz ausländischer Truppen auch in den vergangenen 18 Monaten nicht wesentlich verbessert. 2009 war für die internationalen Streitkräfte das blutigste Jahr seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes 2001: Mehr als 500 ausländische Soldaten wurden bei Anschlägen und Angriffen

getötet. Insbesondere im Osten des Landes, wo die US-Truppen stationiert sind, sowie im Süden, wo die radikal-islamischen Taliban mittlerweile wieder ganze Distrikte kontrollieren, nimmt die Gewalt kontinuierlich zu. Militärische Auseinandersetzungen der Natogeführten ISAF-Truppen mit den erstarkten Taliban sind an der Tagesordnung. Auch im

**Die Sicherheitslage hat sich in Afghanistan trotz massiver Präsenz ausländischer Truppen auch in den vergangenen 18 Monaten nicht wesentlich verbessert. 2009 war für die internationalen Streitkräfte das blutigste Jahr seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes 2001.**

Norden Afghanistans, in dem die Bundeswehr in Kunduz stationiert ist und der lange als relativ sicher galt, haben Kämpfe und Anschläge im vergangenen Jahr stark zugenommen. Gründe sind einerseits das schwierige Terrain, nicht ausreichende Bodentruppen sowie der chronische Mangel an adäquatem Kriegsgerät. So konnte sich der Gegner über die Jahre erfolgreich reorganisieren und infrastrukturell stärken. Andererseits sind es die Elemente eines klassischen ethnischen Verteilungskonflikts zwischen paschtunischen, usbekischen und tadschikischen Bevölkerungsgruppen. Hierbei führte auch der interne Paschtunenkonflikt zwischen den Vertretern der Durrani und Ghilzai zu Spannungen im Verhältnis der Zentralregierung mit den Provinzregierungen. Und schließlich alarmiert die

Machtzunahme der altbekannten *Crime Lords*, die mit ihren wiederbewaffneten Milizen für kurzfristige, regionale Stabilisierungsbemühungen eingespannt werden.

## SICHERHEIT

Die Befriedung des Landes, um die sich zurzeit rund 102.500 Soldaten aus 47 Ländern in 27 so genannten Provincial Reconstruction Teams (PRTs) bemühen, erweist sich als weitaus schwieriger als erwartet. Im ersten Halbjahr 2009 stieg die Zahl der Angriffe von Aufständischen pro Monat von 387 (Januar) auf 741 (Juni). Im Wahlmonat August 2009 waren es insgesamt 1.092 Angriffe.<sup>2</sup> Das NRO-Sicherheitsbüro Anso registrierte bis September 2009 insgesamt 114 Angriffe von Aufständischen und Kriminellen auf Hilfsorganisationen, bei denen 17 Mitarbeiter ums Leben kamen. Weite Gebiete sind für Hilfsorganisationen und ihre afghanischen Mitarbeiter daher aus Sicherheitsgründen nicht mehr zugänglich. Laut United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) war 2009 das Jahr mit der höchsten Zahl an zivilen Opfern in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001. Insgesamt sind 2412 afghanische Zivilisten von Aufständischen und alliierten Militärkräften getötet worden – 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 67 Prozent der Opfer sollen Aufständische, für 25 Prozent die Alliierten verantwortlich gewesen sein, die übrigen Opfer waren keiner der beiden Seiten zuzuordnen.<sup>3</sup> Neben der defizitären Sicherheitslage scheint auch der nur noch langsam voranschreitende Demokratisierungsprozess ins Stocken geraten zu sein.

**Die Befriedung des Landes erweist sich als weitaus schwieriger als erwartet. Neben der defizitären Sicherheitslage scheint auch der Demokratisierungsprozess ins Stocken geraten zu sein.**

## ANSTEHENDE PARLAMENTSWAHLEN

Auch das Jahr 2010 ist ein Wahljahr in Afghanistan. Nach Angaben der Wahlkommission sollen am 18. September 2010 die Parlamentswahlen stattfinden – ungeachtet der Forderung der internationalen Gemeinschaft, zuvor eine Reform des Wahlrechts durchzuführen. Es ist zu befürchten, dass die Wahl von Unruhen und Anschlägen

2 | Vgl. *Anso Quarterly Data Report Q.3* (Kabul: 2009), S. 9.

3 | United Nations Assistance Mission in Afghanistan (Hrsg.), *Annual Report on Protection of Civilians in Armed Conflict*, 2009 (Kabul 2010), S. 1.

überschattet wird. Der Einfluss der Zentralregierung ist weiterhin begrenzt und erstreckt sich in erster Linie auf die Hauptstadt. Viele ländliche Gebiete entziehen sich der staatlichen Kontrolle, hier ist die Regierung auf die Kooperation mit regionalen Machthabern angewiesen. In der afghanischen Bevölkerung führt das Unvermögen der Regierung, die öffentliche Ordnung zu sichern, zunehmend zu Frustration und Unzufriedenheit und lässt die Sympathien für die einst verhassten Taliban als Ordnungsmacht wieder wachsen.

**Auch das Jahr 2010 ist ein Wahljahr in Afghanistan. Nach Angaben der Wahlkommission sollen am 18. September 2010 die Parlamentswahlen stattfinden – ungeachtet der Forderung der internationalen Gemeinschaft, zuvor eine Reform des Wahlrechts durchzuführen.**

Es bleibt abzuwarten, wie die Talibanbewegung auf die anstehenden Wahlen reagiert. Eine Sabotierung ist ebenso möglich wie die Aufstellung eigener Kandidaten, die unter dem Deckmantel der demokratischen Reintegration ganz andere Ziele verfolgen könnten.

## **CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN**

Insgesamt schreitet der Wiederaufbauprozess aufgrund der mangelnden Sicherheit nur schleppend voran. Noch verlangsamt wird der Prozess durch die weit verbreitete Korruption im Staatsapparat, die sich bis in höchste Regierungskreise erstreckt. Nach dem Internationalen Korruptionsindex der Nichtregierungsorganisation Transparency International ist Afghanistan das zweitkorrupteste Land der Welt (Stand 2009). Von der internationalen Staatengemeinschaft unter Druck gesetzt, versprach Karzai bei seiner Vereidigung im November, in seiner zweiten Amtszeit verstärkt gegen Korruption vorzugehen. Zugleich kündigte er einen entschlossenen Kampf gegen die Drogenkriminalität an. Die Taliban finanzieren mit den Einnahmen aus dem Drogenhandel, die sich jährlich auf rund 130 Millionen US-Dollar belaufen, ihren Krieg gegen die afghanische Regierung sowie gegen die ISAF-Truppen. Der Drogenanbau ist trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die Bauern zum Anbau alternativer Agrarprodukte zu bewegen, noch immer ein prosperierender Wirtschaftszweig. Zwar wurde die Mohnanbaufläche 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 22 Prozent reduziert, dennoch bleibt Afghanistan mit einem Weltmarktanteil von über 90 Prozent der größte Produzent von Opium. Während der Trend zum Opiumanbau tendenziell rückläufig ist, hat der Cannabisanbau zugenommen: Cannabisprodukte

lassen sich risikoärmer absetzen, da eine wachsende Binnennachfrage besteht. Während der Handel mit Drogen boomt, stagnieren die übrigen Wirtschaftszweige im Land. Ein Großteil der Bevölkerung leidet trotz der enormen Hilfszahlungen aus dem Ausland noch immer an Armut, das Land rangiert derzeit auf Platz 181 (von 182) des vom UN-Entwicklungsprogramm berechneten Human Development Index und zählt weiterhin zu den ärmsten Staaten der Welt. 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. So hatte eine dürebedingt ausgefallene Ernte im abgelaufenen Haushaltsjahr 2008/2009 zur Folge, dass das Wirtschaftswachstum mit 3,6 Prozent deutlich geringer ausfiel als erwartet.

**Ein Großteil der Bevölkerung leidet trotz der enormen Hilfszahlungen aus dem Ausland noch immer an Armut, das Land rangiert derzeit auf Platz 181 (von 182) des vom UN-Entwicklungsprogramm berechneten Human Development Index und zählt weiterhin zu den ärmsten Staaten der Welt.**

## PAKISTAN

Nach dem Sturz des Talibanregimes in Afghanistan 2001 und der Vertreibung des Terrornetzwerks al-Qaida aus dem Land zogen sich viele Mitglieder dieser beiden Gruppen ins benachbarte Pakistan zurück, darunter auch die Führungsspitze der Taliban. Gegen Ende 2001 versammelten sich zahlreiche Taliban-Funktionäre mit ihren Kämpfern um den Gründer und Anführer der Bewegung, Mullah Mohammad Omar, in der südwestpakistanischen Stadt Quetta. Von dort aus organisierte das oberste Entscheidungsgremium der Taliban, die so genannte Quetta-Schura, den Widerstand gegen die ausländischen Truppen und die Regierung Karzai. Inzwischen soll sich ein beträchtlicher Teil des Führungszirkels nicht mehr in Quetta, sondern in der Hafentropole Karatschi aufhalten. Etliche Mitglieder der Taliban und der al-Qaida fanden nach dem Sturz des Taliban-Regimes einen Rückzugsraum in den Stammesgebieten Pakistans. Die Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan ist unübersichtlich und nur schwer zu kontrollieren, die Kämpfer der jihadistischen Gruppen konnten daher relativ ungehindert die Grenze überqueren. Sie ließen sich – zunächst unbehelligt von pakistanischen Sicherheitskräften – insbesondere in Süd-Waziristan nieder. Damit begann die Talibanisierung der teilautonomen pakistanischen Stammesgebiete, in denen Islamabad traditionell nur begrenzt Einfluss auszuüben vermag.

## DAS GRENZGEBIET IST EINE PROBLEMZONE

Die rund 2.560 Kilometer lange Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, die Durand-Linie, gliedert sich in einen 1.360 km langen Abschnitt im Paschtunengürtel sowie einen 1200 Kilometer langen Abschnitt durch Belutschistan. Eine Kontrolle dieser Region mitsamt seiner drei regulären Grenzübergänge in Torkham, Ghulam Khan und Chamman sowie seiner rund 20 irregulären Grenzübergänge fällt nicht leicht. Ferner gibt es in den sieben an Afghanistan angrenzenden Distrikten rund 340 weitere mögliche Grenzübertrittsmöglichkeiten. Zudem wurden neun Dörfer durch die Durand-Linie getrennt und in der Grenzregion befinden sich immer noch Reste afghanischer Flüchtlingslager mit rund 1,5 Millionen Menschen.<sup>4</sup> Seit 2002 gelang es den Aufständischen, sich in diesen Gebieten die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und teils parallele Justiz- und Verwaltungssysteme aufzubauen. Militärische Interventionen von Seiten des pakistanischen Staates wurden zunächst nur halb-

**Seit 2002 gelang es den Aufständischen, sich in diesen Gebieten die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern und teils parallele Justiz- und Verwaltungssysteme aufzubauen. Militärische Interventionen von Seiten des pakistanischen Staates wurden zunächst nur halbherzig durchgeführt und blieben daher auch erfolglos.**

herzig durchgeführt und blieben daher auch erfolglos. So konnte sich der Einfluss der Taliban in der North West Frontier Province (NWFP) sowie in den Federal Administered Tribal Areas (FATA) schrittweise ausbreiten. Dabei stellten zunächst die afghanischen Taliban das Hauptproblem für die pakistanische Regierung dar. Zur größten Herausforderung für den Staat wurden jedoch bald die pakistanischen Taliban, die von den afghanischen Taliban sowie vom Terrornetzwerk al-Qaida gegründet, finanziert und trainiert wurden.<sup>5</sup> Im Dezember 2007 schlossen sich die pakistanischen Taliban unter Führung von Baitullah Mehsud offiziell in einer Dachorganisation, der Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP), zusammen. Schätzungen zufolge hat die TTP rund 30.000 bis 35.000 Mitglieder, deren Hauptziel die Bekämpfung des pakistanischen Staates ist.

4 | Die Daten stammen aus einem Vortragsmanuskript von Imtiaz Gul, Pak-Afghan Border Management, welches im Rahmen einer bilateralen Konferenz der Universität Kabul und Quaid-i-Azam am 27. April 2010 in Islamabad präsentiert wurde.

5 | Muhammad Amir Rana, „Taliban Insurgency in Pakistan: A Counterinsurgency Perspective“, in: *PIPS Research Journal Conflict and Peace Studies*, 2 (Apr-Jun 2009) 2, S. 10-11.

## ABSPRACHEN MIT DEN TALIBAN – SIND VERTRÄGE NUR PAPIER?

Mit der Zeit versuchten die pakistanischen Taliban, ihre Einflussosphäre über die Stammesgebiete hinaus auszuweiten. Ende April 2009 begann das pakistanische Militär eine groß angelegte Offensive in der Region Malakand. Die radikal-islamistischen Taliban hatten die Macht im Swat-Tal, einst eine beliebte Binnentourismusregion, übernommen. Der Offensive gingen zwei Friedensabkommen der pakistanischen Regierung mit den Aufständischen voraus. Jedoch zeichnete sich schnell ab, dass sich die Taliban nur zur Ausführung ihrer eigenen Agenda, aber nicht zur Einhaltung der geschlossenen Abkommen verpflichtet sahen. Dies ist ein allgemeiner Trend der vergangenen Jahre, der sich 2006 auch im afghanischen Musa Qala gezeigt hat.<sup>6</sup> Obwohl das Sprichwort gilt, dass man nur Frieden erreichen kann, wenn man mit Feinden *und* Freunden redet, wird auch die Meinung vertreten, dass es nicht erfolgreich sein wird, mit den Aufständischen aus einer Position der Schwäche heraus zu verhandeln. Politische Weitsicht macht gewisse Kompromisse erforderlich, aber sie sollte nicht als Blankoscheck missbraucht werden, um aus Terroristen Parlamentarier oder Kabinettsmitglieder zu machen. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre belegen dies. Zudem bringen Verhandlungen um Wiedereingliederung eine politische Aufwertung der Radikal-Islamisten mit sich. Erst kürzlich präsentierte der afghanische Präsident bei seinem jüngsten Washingtonbesuch ein 36 Seiten umfassendes Papier, das den Anführern des Aufstands freies Geleit ins Exil verspricht, wenn sie ihre Verbindungen zu al-Qaida kappen. Auch deren Fußsoldaten würden straffrei ausgehen und vor Verfolgung geschützt bleiben, wenn sie die Waffen niederlegten. Letztendlich sollte auch im Jahr 2010 nicht vergessen werden, warum man 2001 in Afghanistan militärisch intervenierte. Ziel der Mission war die Zerschlagung des Talibanstaates sowie die Vernichtung von al-Qaida. Würde man nun aus pragmatischen Gründen die Taliban in Kabul an der Macht

**Obwohl das Sprichwort gilt, dass man nur Frieden erreichen kann, wenn man mit Feinden und Freunden redet, wird auch die Meinung vertreten, dass es nicht erfolgreich sein wird, mit den Aufständischen aus einer Position der Schwäche heraus zu verhandeln.**

6 | Weiterführende Informationen bietet: Thomas Ruttig, „Musa-Qala-Protokoll am Ende“, in: *SWP-Aktuell* 13, (Berlin) 2007.



beteiligen, hätte man Tausende von Menschenleben und Milliarden von Steuergeldern vergeblich für den Aufbau des neuen Staates geopfert.

Psyche und Motivation der Radikal-Islamisten sind klar erkennbar, und die Befürworter von Verhandlungen und einer politischen Einbindung dieser Kräfte werden vielleicht durch diesen Schritt einige Jahre länger ihre Macht sichern können. Mittel- bis langfristig werden aber die Radikal-Islamisten den politischen Kurswechsel nach eigenem Gutdünken ändern. In Pakistan verstießen sie beispiels-

**Mittel- bis langfristig werden die Radikal-Islamisten den politischen Kurswechsel nach eigenem Gutdünken ändern. In Pakistan verstießen sie beispielsweise wiederholt gegen die Vereinbarungen, indem sie sich weigerten, ihre Waffen niederzulegen.**

weise wiederholt gegen die Vereinbarungen, indem sie sich weigerten, ihre Waffen niederzulegen. Vielmehr führten die Aufständischen ihre Angriffe auf pakistanische Sicherheitskräfte unvermindert fort. Allein im April 2009 waren die Taliban für 18 Terrorangriffe in der Region Malakand verantwortlich, von

denen sich acht gegen staatliche Sicherheitskräfte richteten.<sup>7</sup> Als sie schließlich versuchten, ihre Kontrolle auch auf die Nachbardistrikte Dir und Buner auszudehnen und damit bis auf 100 Kilometer an die Hauptstadt Islamabad vorrückten, reagierte die pakistanische Politik und beschloss den massiven Einsatz militärischer Mittel. Die Offensive des pakistanischen Militärs gegen die Taliban im Swat-Tal löste eine humanitäre Katastrophe aus: Über zwei Millionen Einwohner verließen bisher die Gegend, um den Kämpfen zu entkommen. Die Offensive wurde im Juli 2009 von der pakistanischen Regierung für beendet erklärt, seither kommt es in der Region nur noch vereinzelt zu Gefechten. Insgesamt sind bei der Militäraktion, die rund zwei Monate andauert hat, nach offiziellen Angaben mehr als 1.700 Aufständische und rund 160 Soldaten getötet worden. Bemerkenswert ist, dass die Offensive im Swat-Tal – anders als frühere Militäraktionen gegen die Aufständischen – die Unterstützung der Bevölkerung und vieler Parteien fand.

Kurz nach der Vertreibung der Taliban aus dem Swat-Tal wandte sich das pakistanische Militär einer neuen Region zu. Im Juni 2009 kündigte die Regierung eine weitere Offensive in Süd-Waziristan an. Zwei Monate später wurde der

7 | Muhammad Amir Rana, „Taliban Insurgency in Pakistan: A Counterinsurgency Perspective“, S. 9.

Anführer der TTP, Baitullah Mehsud, durch einen Drohnenangriff getötet. Als Reaktion hierauf und auf die bevorstehende Invasion starteten islamistische Terroristen Anfang Oktober 2009 eine Reihe verheerender Selbstmordattentate und Angriffe in pakistanischen Städten. Attackiert wurden unter anderem das Büro des World Food Programme der Vereinten Nationen in Islamabad und das Generalhauptquartier der Armee in der Garnisonsstadt Rawalpindi. Hunderte von Zivilisten starben. Unbeirrt begannen die pakistanischen Streitkräfte Mitte Oktober 2009 mit rund 30.000 Soldaten die Offensive Rah-i-Nejat in Süd-Waziristan, um die Taliban aus der Region zu vertreiben. Seit März 2010 führt die pakistanische Armee auch Operationen gegen die Aufständischen in Nord-Waziristan und Orakzai durch. Beobachter erwarten eine Ausweitung der Offensive auch auf diese Gebiete.

### **SINN UND UNSINN VON DROHNENANGRIFFEN**

In ihrem Kampf gegen die Taliban wird die pakistanische Armee von den USA unterstützt: Seit Barack Obama das Amt des US-Präsidenten übernahm, fliegt der Geheimdienst CIA verstärkt Angriffe mit ferngesteuerten, unbemannten Drohnen gegen angebliche Verstecke der Taliban. Die Methode der Kriegsführung scheint nicht nur die Terroristen einzuschüchtern, sondern auch effektiv und erfolgreich zu sein, wie Abbildung Nr. 1 belegt. Im Jahr 2009 waren beispielsweise die Zahlen der zivilen Opfer mit fünf Prozent relativ gering. Da allerdings jedes zivile Opfer eines zu viel ist, steht der Drohneneinsatz generell in der Kritik. Wie jedoch Abbildung Nr. 2 veranschaulicht, scheinen sich die Drohnenangriffe im ersten Halbjahr 2010 sogar verdoppelt zu haben.

**In ihrem Kampf gegen die Taliban wird die pakistanische Armee von den USA unterstützt: Seit Barack Obama das Amt des US-Präsidenten übernahm, fliegt der Geheimdienst CIA verstärkt Angriffe mit ferngesteuerten, unbemannten Drohnen gegen angebliche Verstecke der Taliban.**

Abbildung Nr. 1  
**Drohnenangriffe im Jahr 2009:  
 Häufigkeit und Opferzahlen**

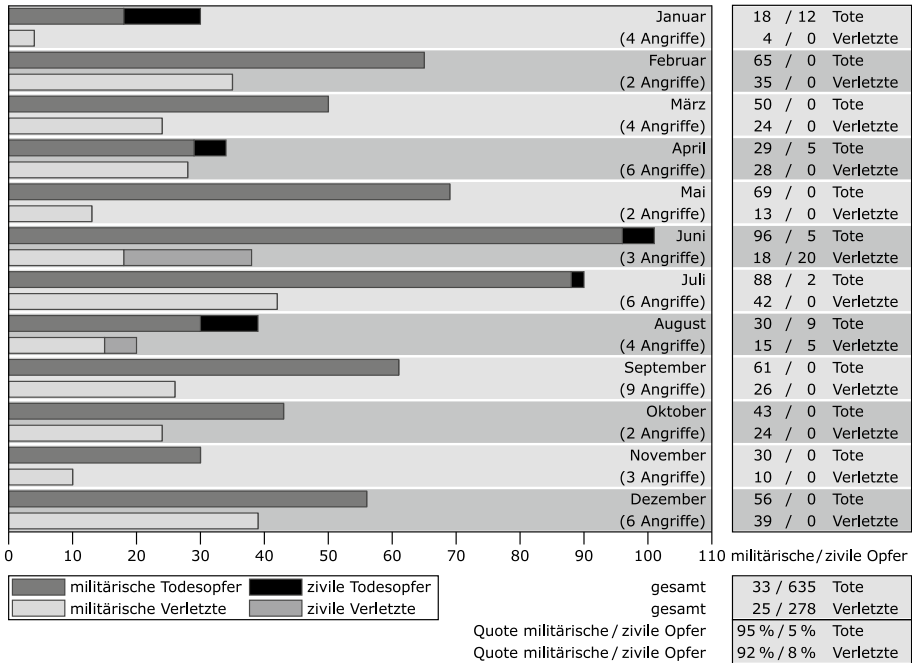
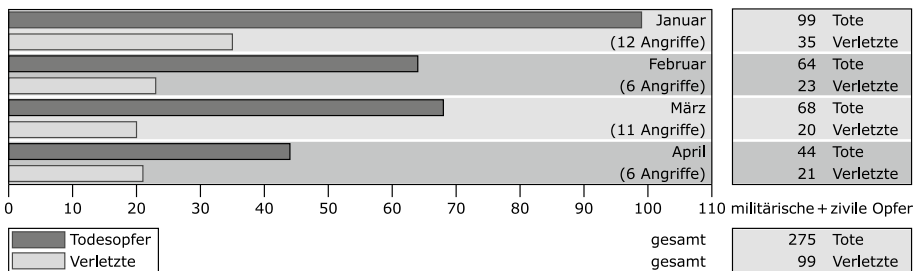


Abbildung Nr. 2  
**Drohnenangriffe im Jahr 2010:  
 Häufigkeit und Opferzahlen**



Quelle: Eigene Datenbanken sowie der *Pakistan Security Report 2009*, Institute for Peace Studies. Daten aufbereitet und verwaltet durch den Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ahmed Mushtaq.

Die Drohnenangriffe sind demnach nicht unumstritten. Offiziell bewertet die pakistanische Regierung die Angriffe der unbemannten Flugzeuge auf pakistanisches Territorium als Verletzung der staatlichen Souveränität und verurteilt die Drohneneinsätze der USA scharf. Inoffiziell scheint aber die Erfolgsformel „Pakistani Intelligence on

the ground + US drone strikes“ nicht mehr in Frage zu stehen. Parallel zu den Militäraktionen in Süd- und Nord-Waziristan gingen Sicherheitskräfte auch in anderen Teilen des Landes konsequenter gegen die afghanischen Taliban vor: Seit Januar 2010 wurden zahlreiche ranghohe Funktionäre verhaftet, darunter auch die Nummer zwei der afghanischen Taliban, Mullah Abdul Ghani Baradar, sowie die Schattengouverneure von Kunduz und Baghlan, Mullah Abdul Salam und Mullah Mir Mohammed. Mit den Festnahmen haben die pakistanischen Sicherheitskräfte den Taliban einen empfindlichen Schlag versetzt.

### **HEKMATYARS AUFSTANDBEWEGUNG HIZB-E-ISLAMI IM AUFWÄRTSTREND**

Unter den Verhafteten sollen sich auch sieben Kommandeure der Quetta-Schura befinden, dementsprechend geschwächt ist das Führungsgremium. Mitglieder anderer Aufstandsbewegungen, wie beispielsweise der Hizb-e-Islami von Gulbuddin Hekmatyar (HIG) und des Haqqani-Netzwerks, wurden bislang nicht verhaftet.

Diese Tatsache könnte Pakistan als eine indirekte Stärkung dieser Gruppierungen deuten. Diese Lesart wird unterstützt von einer Reihe von Ereignissen, die der Festnahme des Schattengouverneurs der Provinz Baghlan, Mullah Mir Mohammed, folgten: Nach seiner Verhaftung im Februar dieses Jahres brachen in der Provinz südlich von

Kunduz blutige Kämpfe zwischen den Taliban und der HIG aus. Schätzungsweise 50 Aufständische beider Seiten kamen bei den Kämpfen ums Leben. Beide Gruppierungen bildeten seit dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in Afghanistan eine strategische Allianz, denn sowohl die Taliban als auch die HIG stehen in Opposition zur Regierung Karzai und fordern den Abzug der ausländischen Streitkräfte. Die HIG unter Führung von Gulbuddin Hekmatyar wird für diverse Anschläge auf Nato-Truppen verantwortlich gemacht. Im März 2010 traf sich Präsident Karzai erstmals mit Vertretern der HIG zu Kooperationsgesprächen in Kabul, bei denen nach Angaben des Sprechers Hekmatyars, Haroon Zarghun, auch ein 15-Punkte-Plan diskutiert worden sein soll. Mit der Festnahme Mullah Mir Mohammeds löste Pakistan somit eine Kette von Ereignissen aus,

**Inoffiziell scheint aber die Erfolgsformel „Pakistani Intelligence on the ground + US drone strikes“ nicht mehr in Frage zu stehen. Parallel zu den Militäraktionen in Süd- und Nord-Waziristan gingen Sicherheitskräfte auch in anderen Teilen des Landes konsequenter gegen die afghanischen Taliban vor.**

die in Verhandlungen der HIG mit der afghanischen Regierung um eine Beteiligung an der politischen Macht endeten. Denn die afghanischen Aufständischen werden einer Waffenabgabe nur zustimmen, wenn ihnen im Gegenzug ein Anteil an politischer Kontrolle übertragen wird. Pakistan schafft sich mit der indirekten Stärkung der HIG eine weitere Option, auf die Geschehnisse Afghanistans Einfluss zu nehmen. Zugleich soll dieser politische Schachzug der pakistanischen Regierung sicherstellen, dass der Einfluss Indiens in Afghanistan nachhaltig begrenzt bleibt. Allerdings birgt die Rehabilitierung von Gulbuddin Hekmatyar auch Risiken: Sie käme einer Aufwertung der Terroristen gleich.

### **PARADIGMENWECHSEL IN DER TERRORISMUS-BEKÄMPFUNG?**

Die überraschenden Verhaftungen der afghanischen Taliban in Pakistan können als erstes Anzeichen eines möglichen Paradigmenwechsels bei der Terrorbekämpfung durch den pakistanischen Geheimdienst ISI angesehen werden. In der Vergangenheit hatte die pakistanische Führung die afghanischen Taliban oftmals als unverzichtbares Werkzeug ihrer Afghanistan-Politik betrachtet und sie daher gewähren lassen. Die Erklärung für dieses Verhalten liegt in der Vergangenheit: Nachdem in den achtziger Jahren die in der pakistanischen Stadt Peshawar ansässigen sieben Mujaheddingruppierungen großzügig unterstützt und teilweise auch ausgebildet wurden, vermochte es Islamabad's Vasall

**Im Konfliktfall mit Indien sieht Pakistan Afghanistan als potenziellen militärischen Rückzugsraum. Diese Grunddoktrin wurde selbst nach der 2001 erfolgten US-Intervention und dem damit verbundenen Krieg gegen den Terrorismus, den Pakistan mittrug, beibehalten.**

Gulbuddin Hekmatyar und seine Hizb-e-Islami nach dem Abzug der Sowjetunion in dem afghanischen Bürgerkrieg nicht, sich militärisch durchzusetzen, wie offenbar von der pakistanischen Seite zuvor angenommen. Im Jahr 1994 begann die Geburtsstunde der pakistanischen Taliban-Patenschaft mit der Unterstützung des in Kandahar ansässigen Mullah Mohammad Omar, da sich Islamabad durch dieses Bündnis einen maßgeblichen politischen Einfluss auf das afghanische Nachbarland ausmalte. Dieser Ansatz begründete sich mit der Wahrnehmung der „strategischen Tiefe“: Im Konfliktfall mit Indien sieht Pakistan Afghanistan als potenziellen militärischen Rückzugsraum. Diese Grunddoktrin wurde selbst nach der 2001 erfolgten

US-Intervention und dem damit verbundenen Krieg gegen den Terrorismus, den Pakistan mittrug, beibehalten. Obwohl Pakistan die USA vordergründig in dem Unterfangen unterstützten, bestand großes Interesse auf pakistanischer Seite, die alten afghanischen Weggefährten als mögliche, erneute Kooperationspartner der Zukunft nicht ans Messer zu liefern. Seit 2009 scheint diese Doktrin jedoch zu bröckeln beziehungsweise ein pragmatisches Umdenken einzusetzen. Vier Punkte sind hierbei ursächlich:

**Der zunehmende Machtverlust des pakistanischen Geheimdienstes über die Taliban-Strukturen mag als Erklärung für das neue Verhaltensmuster dienen. Die letzten Geheimverhandlungen auf den Malediven sollen beispielsweise ohne jegliche pakistanische Beteiligung umgesetzt worden sein.**

- Der pakistanische Staat und sein Militär betrachten sich in ihren Grundfesten angegriffen und handeln nun entschlossener. Afghanische Taliban werden auf pakistanischem Territorium nicht mehr verschont. Die bisherigen Festnahmen können sicherlich als Erfolge verbucht werden, stellen aber noch keinen Paradigmenwechsel in der Bekämpfung dar. Künftige Festnahmen etwa von Mullah Mohammad Omar, Jalaluddin Haqqani, Osama bin Ladin oder Gulbuddin Hekmatyar wären Indizien für einen absoluten Richtungsumschwung.
- Das pakistanische Verhalten kann als Reaktion auf die veränderte amerikanische Position betrachtet werden. Die Chemie zwischen den amerikanischen Oberkommandierenden und Armeechef General Ashfaq Parvez Kayani sowie Geheimdienstchef Generalleutnant Ahmad Shuja Pasha scheint zu stimmen. Die Amtszeit beider Militärs wurde von der pakistanischen Regierung kürzlich verlängert. Ebenso werden die pakistanischen Luftstreitkräfte die langersehnten Zusatzausrüstungen für ihre F-16-Kampfflugzeuge erhalten. Auch die noch ausstehenden Zahlungen in Höhe von 656 Millionen US-Dollar des so genannten Koalitionsunterstützungsfonds (CSF) wurden Anfang Mai 2010 von den USA getätigt.<sup>8</sup>

8 | Bei dem CSF, der von den Vereinigten Staaten im Jahr 2001 gegründet wurde, handelt es sich um Zahlungen, die neben Pakistan weitere 26 Nationen im Kampf gegen den Terrorismus unterstützen sollen. Die letzte Zahlung aus dem CSF erhielt Pakistan im Januar 2010. Der Betrag belief sich auf 349 Millionen US-Dollar und wurde für die Anstrengungen Pakistans im Jahr 2008 entrichtet.

- Der zunehmende Machtverlust des pakistanischen Geheimdienstes über die Taliban-Strukturen mag als Erklärung für das neue Verhaltensmuster dienen. Die letzten Geheimverhandlungen auf den Malediven sollen beispielsweise ohne jegliche pakistanische Beteiligung umgesetzt worden sein. Ohne garantierten direkten Einfluss auf die Befehls- und Planungsstrukturen scheinen die afghanischen Taliban für den pakistanischen Geheimdienst keinen sonderlich hohen Mehrwert darzustellen. Die voranschreitende Taliban-Emanzipation scheint sich somit für die Bewegung kontraproduktiv auszuwirken.
- Gulbuddin Hekmatyar und seine HIG scheinen wieder zu einer festen politischen wie militärischen Größe in Afghanistan geworden zu sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass ersterer nach wie vor sehr gute Beziehungen zum pakistanischen Geheimdienst unterhält. Sollte die Hizb-e-Islami bei den Parlamentswahlen im Herbst über starke Wahlkampfbudgets verfügen und nach der Macht greifen, wird sicherlich ein Interessenkonflikt zwischen dem Iran und Pakistan um diese Gruppierung entbrennen. Ferner wird es Karzai nicht leicht fallen, eine Person in sein politisches System einzubinden, die von den USA seit 2003 unter der Executive Order 13224 als „globaler Terrorist“ gesucht wird. Gerüchten zufolge propagiert Hamid Karzai einen Friedensplan, der beinhaltet, dass Hekmatyar für einige Jahre in das Königreich Saudi-Arabien ins Exil geht und dafür sein Schwiegersohn Ghairat Bahir in Karzais Kabinett einen wichtigen Ministerposten erhält. Sollte ein solcher Pakt tatsächlich umgesetzt werden, stünde mit großer Wahrscheinlichkeit in vielen europäischen Parlamenten die Verlängerung des ISAF-Mandats zur Debatte, da die HIG im Bürgerkrieg zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat und im Ruf steht, mehr afghanische Zivilisten als sowjetische Soldaten getötet zu haben.

## FAZIT

Wichtig für das zukünftige afghanisch-pakistanische Verhältnis und damit einen umfassenden Kampf gegen den Terrorismus in der Region ist, dass die Idee der „strategischen Tiefe“ an Bedeutung verliert.<sup>9</sup> Während eines Gesprächs mit pakistanischen Journalisten, Analysten und Politikern vertrat Afghanistans Nationaler Sicherheitsberater Dadfar Spanta die Ansicht, dass sich die afghanisch-pakistanischen Beziehungen seit der Musharraf-Zeit enorm verbessert hätten und dass durch das Instrument der regionalen Integration mehr Stabilität und Prosperität zu erzielen sei.<sup>10</sup> Dieser Punkt ist von großer Bedeutung, denn ohne eine verbesserte regionale Kooperation, insbesondere zwischen Kabul und Islamabad, wird es in Afghanistan keinen Frieden geben. In den pakistanischen Stammesregionen sind gegenwärtig fünf Divisionen mit insgesamt 145.000 Soldaten im Einsatz. Pakistan leistet bei der Bekämpfung des Terrorismus einen weitaus größeren Beitrag als vom Westen bisher wahrgenommen und vor allem anerkannt. Dies wurde während der politischen Gespräche einer pakistanischen Parlamentarierdelegation in Berlin im Mai 2010 immer wieder angeführt. Hinzu kommt, dass Pakistan einen hohen Preis für den Krieg im eigenen Land entrichtet: Im Krieg gegen die Taliban werden mittlerweile mehr pakistanische Soldaten, Polizisten und Zivilisten getötet als im Nachbarland Afghanistan.

**Wichtig für das zukünftige afghanisch-pakistanische Verhältnis und damit einen umfassenden Kampf gegen den Terrorismus in der Region ist, dass die Idee der „strategischen Tiefe“ an Bedeutung verliert.**

Zudem kommt der Krieg gegen den Terrorismus Pakistan auch unter wirtschaftlichen und soziopolitischen Aspekten teuer zu stehen, wie der Ausschussvorsitzende für Petroleum und Ressourcen, Sheikh Waqas Akram, berichtet. Bei Gesprächen mit deutschen Abgeordneten rechnete er am 5. Mai 2010 vor, dass die zahlreichen durch Pakistan

9 | Erste Entwicklungen in diese Richtungen scheint es zu geben. Vgl. hierzu: Rasheed Khalid, „Strategic depth idea should be discarded“, in: *The News*, April 2010 (Islamabad), S. 4, [http://www.thenews.com.pk/daily\\_detail.asp?id=236378](http://www.thenews.com.pk/daily_detail.asp?id=236378) [08.06.2010].

10 | Das Gespräch fand am 24.02.2010 im afghanischen Präsidentenpalast statt. Bei den Teilnehmern handelte es sich um Mitglieder einer Delegation, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen des Afghanisch-Pakistanischen Dialogforums nach Kabul eingeladen worden waren.



fahrenden Nachschub-Konvois der Nato für den Liter Spirit nur 40 anstatt der regulären 80 pakistanischen Rupien zahlen würden. Auch würden die schwer beladenden Transportfahrzeuge die Infrastruktur stark abnutzen. Ein anderer Parlamentarier, der Ausschussvorsitzende für Wasser und Energie, Syed Ghulam Mustafa Shah, ergänzte, dass der Krieg gegen den Terrorismus Pakistan nicht nur einer politischen Führungs- und Integrationsfigur (gemeint ist Benazir Bhutto) beraubt habe, sondern auch wirtschaftlich schwer schade. Der Rückgang von Auslandsinvestitionen um bis zu 50 Prozent, eine zunehmende Inflation von bis zu 13 Prozent und der Rückgang der Auslandsdevisen sowie des Bruttosozialprodukts seien unter anderem eine Folge der Rahmenbedingungen des Konflikts.<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund klingt es zynisch, wenn der Westen immer wieder von Pakistan verlangt, mehr zur Bekämpfung der Taliban beizutragen. Vielmehr muss ein Umdenken stattfinden: Pakistan ist ein Teil der Lösung – nicht ein Teil des Problems. Das Land sollte

**Pakistan leistet bei der Bekämpfung des Terrorismus einen weitaus größeren Beitrag als vom Westen bisher wahrgenommen und vor allem anerkannt.**

nicht nur als ein Partner im Kampf gegen den Terrorismus, sondern auch als Partner für den Frieden in Afghanistan wahrgenommen werden. Diesbezüglich würde die Beilegung der Streitigkeiten zwischen Pakistan und Indien einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung der gesamten Region leisten. Das ohnehin aufgrund des schwelenden Kaschmir-Konflikts angespannte Verhältnis hatte nach den Terroranschlägen von Mumbai einen neuen Tiefpunkt erreicht. Dem Westen mag ein konventioneller Krieg zwischen den beiden südasiatischen Staaten befremdlich und nicht nachvollziehbar vorkommen, dem damaligen Befehlshaber der indischen Armee, General Deepak Kapoor, und sicherlich auch vielen pakistanischen Hardlinern hingegen nicht.<sup>12</sup> Zum Jahreswechsel berichteten indische Medien, dass

11 | Es handelte sich um die deutsch-pakistanische parlamentarische Freundschaftsgruppe, die durch Minister Masood Abbas (ANP), Syed Ghulam Mustafa Shah (PPP), Sardar Ayaz Sadiq (PML-N), Sheikh Waqas Akram (PML-Q), Dr. Nadeem Ehsan (MQM) und die Senatoren Humayun Khan Mandokhel (IND) und Semeen Siddiqui (PML-Q) repräsentiert wurde und sich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 3. bis 7. Mai 2010 zu politischen Gesprächen in Berlin aufhielt.

12 | General Deepak Kapoor wurde am 31.03.2010 in den Ruhestand verabschiedet. Der neue indische Oberbefehlshaber heißt General Vijay Kumar Singh. Er nahm am indisch-pakistanischen Krieg 1971 teil.

man für einen Zweifrontenkrieg gegen China und Pakistan gerüstet sei und diesen in 96 Stunden zu eigenen Gunsten entscheiden könne. Natürlich handelt es sich bei solchen Äußerungen eher um rhetorische Manöver, aber diese behindern vertrauensbildende Maßnahmen oder entziehen ihnen sogar die Basis. In diesem angespannten politischen Klima ist Pakistan nicht bereit, weitere Truppen von der indischen Grenze abzuziehen und zur Bekämpfung der Talibanbewegung ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu verlegen. Ebenso muss mittelfristig gegen die Finanzierungsquellen der Radikal-Islamisten vorgegangen werden. Wie eine konventionelle Armee benötigen auch die Taliban finanzielle Ressourcen für Ausstattung, Training und Unterhalt ihrer Kampfseinheiten. Die aus dem Drogensektor bezifferten Einnahmen von rund 130 Millionen US-Dollar werden den etwa 35.000 Kämpfern und 900 Kommandeuren der Talibanbewegung für einen militärischen Sieg nicht ausreichen. Doch sie werden einen Guerilla-Krieg in die Länge ziehen können.

**Pakistan ist ein Teil der Lösung – nicht ein Teil des Problems. Das Land sollte nicht nur als ein Partner im Kampf gegen den Terrorismus, sondern auch als Partner für den Frieden in Afghanistan wahrgenommen werden.**

In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob es tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel im Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan und Pakistan kommen wird, oder ob die Rahmenereignisse um die Eliminierungen und Festnahmen der letzten Zeit lediglich strategisch motivierte Zugeständnisse waren. Ob Islamabad hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung ein doppeltes Spiel mit Kabul betreibt und dabei illoyale, afghanische Taliban opfert, um Gulbuddin Hekmatyar und seine HIG strategisch wie militärisch zu stärken, steht derzeit noch nicht fest. In Afghanistan sagt man, dass aufgrund der unübersichtlichen Allianzen ein Krieg zu gewinnen so schwierig sei wie Suppe mit einem Messer zu löffeln. Bei dem komplexen nationalstaatlichen Interessengerangel, das man derzeit am Hindukusch beobachten kann, scheint dieses Sprichwort aus der Zeit des Bürgerkriegs erneut an Aktualität zu gewinnen.